UNIVERSIDAD NACIONAL AUTÓNOMA DE MÉXICO

INSTITUTO DE INVESTIGACIONES SOCIALES

DAS ENDE DES KAPITALISMUS WIE WIR IHN KENNEN

ELMAR ALVATER

Enero 2005

DAS ENDE DES KAPITALISMUS WIE WIR IHN KENNEN

Por Elmar Altvater

1 Einleitung: Das Ende der Geschichte und Kapitalismus ohne Ende

Alles auf Erden findet in den Grenzen von Raum und Zeit statt. Auch der Kapitalismus hat daher einen Anfang und ein Ende. Das ist trivial, doch keineswegs allgemein akzeptiert, im Gegenteil. Der von Karl Marx analysierte Fetischcharakter der kapitalistischen Formen erzeugt den Schein, als ob der Kapitalismus weder Anfang noch Ende habe und als ob Wachstum in der Zeit und Expansion im Raum unendlich fortgesetzt werden könnten. Wo kein Ende ist, bleibt auch der Anfang im Dunkel. Kapitalismus scheint zur inneren Natur der Menschen zu gehören, so wie der Stoffwechsel mit der äußeren Natur. Kapitalismus wäre eine „condition humaine"; gerät der Kapitalismus an Grenzen, hört der Metabolismus auf. Das wäre das Ende der Menschheit.

Das ist keine bloße Spekulation, sondern Ausgangspunkt eines nach 1989 verbreiteten Diskurses. Das Ende der Geschichte sei erreicht (kritisch dazu Anderson 1992), weil paradoxerweise die moderne kapitalistische Gesellschaft mit ihren sozialen und politischen Institutionen und Prozeduren (formale Demokratie, Markt, Pluralismus) und mit ihren Theorien und Ideologien grenzenlos, ewig und daher geschichtslos zu sein scheint. Eine andere, nicht-kapitalistische Gesellschaft befindet sich außerhalb des Gesichtskreises der Zeitgenossen: There is no alternative" lautet Margret Thatchers gedankenlosester und zugleich berühmtester Spruch. Das Ende der Geschichte ist nur eine andere Umschreibung für die unterstellte End- und Grenzenlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise. Für immer Kapitalismus, weil gesellschaftliche Alternativen keinen historischen Sinn machen.

Wer angesichts dieses weltweit vorherrschenden Diskurses das Ende des Kapitalismus dennoch für möglich hält oder gar darauf hinarbeitet, gilt als weltfremder Narr, der das Rad der Geschichte drehen möchte, obwohl es zum Stillstand gekommen und seine Bewegung blockiert ist. Die Geschichte ist am Ende, weil die Entwicklung am Ende einer Sackgasse angelangt ist. Nun hilft nur noch der Rekurs auf Leibniz: Da die Welt insgesamt von Gott geschaffen ist und die göttliche Weisheit nicht in Frage gestellt werden kann, ist die Welt, in der wir leben, trotz der chaotischen Verhältnisse, trotz Krieg und Elend, ökologischer Zerstörung und sozialer Ungleichheit, trotz Autoritarismus und Unterdrückung die, beste aller möglichen Welten". Voltaire hat diesen Fatalismus in seinem Roman „Candide" schon im 18. Jahrhundert, im vorrevolutionären Frankreich persifliert.

Ein moderner Voltaire des 21. Jahrhunderts hätte viel mehr Anlass, sich über die unerträglichen Verhältnisse im globalisierten Kapitalismus, zu dem es keine Alternative geben soll, aufzuregen. Denn dem Kapitalismus gehen die Ressourcen aus und die Reproduktionsfähigkeit der Natur des Planeten Erde ist dabei, zerstört zu werden: „The Party's Over" (Heinberg 2004)[1] und die Alternative ist klar. Wenn die Geschichte an ein Ende gekommen sein sollte, gibt es kein Ende des Kapitalismus; er kann ewig dauern. Wenn die Geschichte weitergehen und die „beste aller möglichen Welten" politisch gestaltet werden soll, muss auch über das Ende des Kapitalismus nachgedacht und müssen Alternativen durch soziale Bewegungen entwickelt und erprobt werden. Wir müssen also über das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen reden.

Das versucht dieser Artikel. Zunächst wird die Frage erörtert, welche Eigenschaften den Kapitalismus charakterisieren. Formen der Aneignung und Enteignung, im ökonomischen wie im ökologischen Sinn, werden entschlüsselt. Danach stehen die Bedeutung der fossilen Energieträger im Zentrum und das wirtschaftliche Wachstum, das mit der verbreiteten Anwendung der fossilen Energien seit der „industriellen Revolution" enorm gesteigert wird. Dann müssen wir uns über die monetäre Dimension kapitalistischer Akkumulation und deren desaströse Wirkung auf die gesellschaftlichen Verhältnisse verständigen. Die fossilen Energieträger werden knapp, und so kommt es zu Konflikten. Auch die Folgen der Emissionen bei der Verbrennung fossiler Energieträger sind nicht nur für Klima und Biodiversität, sondern auch für den Frieden in der Welt gefährlich. Kapitalismus ohne Ende würde, so kann geschlussfolgert werden, das Ende der Natur wie wir sie kennen, bedeuten, und möglicherweise auch das Ende von Gesellschaften wie wir sie für unser friedliches Zusammenleben benötigen. Das Ende der Geschichte ist das globale Desaster. Die Suche nach Alternativen ist also notwendig. Es gibt soziale Projekte, basierend auf der Nutzung erneuerbarer Energieträger. Überall in der Welt setzen sich politische Subjekte für die Realisierung ein. Ein Regime erneuerbarer Ressourcen mit den dazu passenden sozialen Formen bedeutet auf jeden Fall das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen.

[1] Die Ökologen haben allerdings zumeist wenig Verständnis für die soziale Dynamik kapitalistischer Gesellschaften und gelangen daher oftmals zu vereinfachten Schlussfolgerungen und manchmal zu abstrusen Vorschlägen. Diese ergeben sich zumeist aus dem frappanten Gegensatz von Grenzen natürlicher Entwicklung und grenzenloser Zinseszinsdynamik. Sie zielen dann auf Begrenzung letzterer durch Zinsverbot oder Einrichtung lokaler Tauschringe. Die kapitalistische Dynamik wird in aller Regel ignoriert, oftmals mit Hinweis auf die „überholten" Konzepte von Marxismus und anderer Kapitalismuskritik (so auch Heinberg 2004); Zur Kritik dieser sich häufig auf Silvio Gesell beziehenden Ansätze vgl. Altvater 2004).

2 Kapitalismus, Aneignung, Enteignung

2.1 Was ist Kapitalismus?

Der Begriff „Kapitalismus“ taucht nach Angaben Fernand Braudels erstmals im 18. Jahrhundert auf, setzt sich allerdings erst sehr viel später durch. Adam Smith und David Ricardo verwenden den Begriff nicht, und auch im „Kapital“ von Marx findet man den Begriff nur ein einziges Mal (im 2. Band, 4. Kapitel). Louis Blanc benutzt den Begriff 1850 in polemischer Absicht: Kapitalismus sei „die Aneignung des Kapitals durch die einen unter Ausschluss der anderen“ (nach Braudel 1986: 254). Hier wird bereits die Eigenschaft des Kapitalismus als Zusammenhang von Ausbeutung und Enteignung angedeutet. Erst Werner Sombart führt den Kapitalismus-Begriff in seine epochale Analyse der historischen Entwicklung vom „Vorkapitalismus“ über den „Frühkapitalismus“ zum „Hochkapitalismus“ ein. Im „Hochkapitalismus“ hat sich der Kapitalismus als System gegenüber anderen „Wirtschaftsstilen“ und „Wirtschaftsgesinnungen“ durchgesetzt (Sombart 1969).

Marx benutzt „kapitalistisch“ als ein Attribut der Produktionsweise bzw. der Gesellschaftsformation bereits im ersten Satz des „Kapital“: „Der Reichtum der Nationen, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ‚ungeheure Warensammlung’“ (MEW 23: 49). Damit ist erstens der Ausgangspunkt der Analyse, die Ware nämlich, bestimmt und zweitens angedeutet, dass es auch andere Gesellschaftsformationen als die kapitalistische gibt. Der Kapitalismus ist historisch, er ist aus anderen Produktionsweisen (im westlichen Europa aus dem Feudalsystem) hervorgegangen und ihm werden andere folgen. Dies ist die Auffassung vieler Historiker wie Fernand Braudel (1986) oder Karl Polanyi (1957). Sie wird geteilt von den in der marxistischen Tradition stehenden Weltsystemtheoretikern wie Immanuel Wallerstein (1979) oder André G. Frank (Frank/ Gills 1993). Auch Werner Sombart (1969), Max Weber (1921/1976) und Joseph A. Schumpeter (1950), die großen „bürgerlichen“ Sozialwissenschaftler, würden dem zustimmen. Allerdings würde keiner von ihnen aus der Feststellung, dass es vor dem Kapitalismus auch andere Gesellschaftsformen gegeben hat, die Schlussfolgerung ziehen, dass der historische Kapitalismus „zusammenbricht“ oder auf andere Weise an ein Ende gelangen sollte. Der „Kapitalismus als Struktur (sei) von langer Dauer“ schreibt Fernand Braudel und „der Kapitalismus als System“ hat alle Aussichten“, auch die schwerste Krise zu überstehen, „ja es könne sogar sein, dass er wirtschaftlich… gestärkt aus ihr hervorgeht“ (Braudel 1986: 695; 702). Kapitalismus also ohne Ende? Sicher nicht, wenn man mit Antonio Gramsci davon ausgehen kann, dass die „transformistische“ Kraft der „passiven Revolution“

auch durch soziale Bewegungen in langer Auseinandersetzung um die Hegemonie in der Gesellschaft gebrochen werden kann (Gramsci 1999; 2001).

Wann der moderne Kapitalismus entstanden ist, ist umstritten. Man kann davon ausgehen, dass die ursprüngliche Akkumulation in England im 15. und 16. Jahrhundert einsetzt. Zuvor bilden sich kapitalistische Formen in den italienischen Stadtrepubliken ab dem 13. Jahrhundert, auf der iberischen Halbinsel und in den Niederlanden später. Kapitalistische Formen hat es in anderen Weltregionen auch vor dem europäischen „langen 16. Jahrhundert" von 1492 („Entdeckung" Amerikas) bis 1648 (Westfälischer Frieden) gegeben (Frank 1998a; 1998b); sie haben sich aber nicht wirklich entfalten können[2]. Im Verlauf der ursprünglichen Akkumulation werden die Produzenten gewaltsam von ihren Produktionsbedingungen getrennt, die sich als Kapital auf der anderen Seite der Gesellschaft konzentrieren. Der neuen Kapitalistenklasse stehen die doppelt freien Arbeiter - frei von Produktionsmitteln, aber auch frei beim Verkauf ihrer Arbeitskraft - gegenüber. Auch Gemeinschaftseigentum wird enteignet und privatisiert, z.B. durch die Einhegung von Gemeindeland („enclosures") im England des 16. bis 19. Jahrhundert. So wird die Agrarrevolution möglich, die der industriellen Revolution nicht nur in England vorausgeht. Diese ist ja die Bedingung dafür, dass die „freien" Arbeiter aus dem agrarischen Überschuss ernährt werden können. Die Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft ist Ergebnis der Enteignungen auf dem Lande und zugleich Vorbedingung für die Ernährung der in die Manufakturen und Industrien gezwungenen Arbeitskräfte.

Enclosures und andere Formen der privaten Aneignung öffentlicher Güter sind nicht auf die Frühphase des Kapitalismus beschränkt. Sie finden auch in der „Hochphase" des Kapitalismus statt (De Angelis 2004). Die private Inwertsetzung von öffentlichen Gütern begleitet die gesamte Geschichte des Kapitalismus. Sie ist möglicherweise ein wichtiger Grund, warum der Kapitalismus noch existiert. Insbesondere seit der Dominanz des Neoliberalismus ist Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Güter zu einem von den international regulierenden Institutionen unterstützten globalisierten politischen Projekt erhoben worden. Damit sind neue Felder der Kapitalanlage für Unternehmen geöffnet worden. Die Fortsetzung kapitalistischer Akkumulation verlangt Aneignung durch Enteignung, Ausweitung des absoluten Mehrwerts also (und nicht nur Aneignung durch

[2] Die Periodisierung hängt vor allem davon ab, ob die europäische Geschichte im Vordergrund steht oder ob andere Weltregionen Berücksichtigung finden. So datieren Frank (1998a; 1998b; Frank/ Gills 1993) die Entstehung des Kapitalismus mehrere tausend Jahre zurück, in die Epoche der neolithischen Revolution, und den Ursprung sehen sie nicht in Europa sondern in Asien.

Produktion des relativen Mehrwerts als Folge der Steigerung der Produktivität der Arbeit mit Hilfe technischer und organisatorischer Verbesserungen).

Die in der kapitalistischen Gesellschaftsformation eingeschriebene Dynamik kann sich erst recht entfalten, als die fossilen Energien mit Hilfe der neuen Techniken der industriellen Revolution die begrenzten biotischen Energien von Mensch und Tier ergänzen und ersetzen. Der gesamte Produktionsprozess wird reorganisiert, die Arbeitskraft und die Natur „reell" unter das Kapital subsumiert (Marx, MEW 23, 17. Kapitel); die subjektiven und objektiven Produktionsbedingungen werden kapitalistisch-rational umgestaltet. Mit einem industriellen System von Werkzeugen ist es möglich, energetische und andere Ressourcen in beträchtlich gesteigertem Maße anzueignen. Kraftvolle Antriebsmaschinen (zunächst die Dampfmaschine) und Transmissionssysteme der Kräfte auf die Werkzeuge potenzieren den Wirkungsgrad der Produktion von Gebrauchswerten.

Heinberg (2004: 49ff) unterscheidet verschiedene Strategien, um Energien ökonomisch nutzbar zu machen: Erstens geht es um Aneignung von Energie, indem „Konkurrenten" von den Energiequellen, die sie ebenfalls benötigen, abgeschnitten, indem sie also energetisch enteignet werden. Zweitens werden Werkzeuge zur Steigerung der Produktivität bei der Nutzung derr Energien entwickelt. Drittens zielt eine Strategie auf Extraktion von zusätzlicher Energie aus den fossilen Speichern[3]. Die erstgenannte Strategie läuft darauf hinaus, dass beispielsweise „konkurrierenden" Lebewesen die von ihnen benötigten Energien entzogen und im schlimmsten Fall ausgerottet werden. Die Verwandlung von naturwüchsiger Landschaft in Monokulturen bedeutet für viele Arten den Tod. Die Überausbeutung von menschlicher Energie hat gesundheitliche Schäden und möglicherweise auch den Tod zur Folge. Die Aneignung von Energien (von Arbeitszeit) durch Enteignung ist nichts anderes als absolute Mehrwertproduktion im Marx'schen Sinne. Die zweite Strategie hingegen erfordert den Übergang zur relativen Mehrwertproduktion. Das ist die dem Kapitalismus angemessene Methode. Die dritte genannte Wirkungsstrategie kommt erst in Verbindung mit der zweiten zur Geltung.

2.2 Die Kongruenz von Kapitalismus und Fossilismus

Die fossilen Energien (Kohle, Gas und vor allem Öl) sind der kapitalistischen Produktionsweise höchst angemessen. Fossiles Energieregime und soziale Formation des

[3] Die beiden anderen von Heinberg erwähnten Strategien, nämlich Spezialisierung und Erweiterung des Wirkungsbereichs, sind eher Konsequenzen des Gebrauchs von Werkzeugen und haben keine eigengewichtige Bedeutung.

Kapitalismus passen nahtlos zusammen. Sie sind kongruent, und dies aus mehreren Gründen. Denn *erstens* können fossile Energieträger anders als Wasserkraft oder Windenergie weitgehend ortsunabhängig eingesetzt werden. Sie können von den Lagerstätten relativ leicht zu den Verbrauchsorten verbracht werden, heute mit Hilfe von Pipelines und Tankschiffen. Die ökonomische Geographie wird weniger von natürlichen Gegebenheiten als von der Kalkulation der Rentabilität von Kapitalanlagen an verschiedenen und miteinander konkurrierenden Standorten beeinflusst[4].

Zweitens sind fossile Energieträger zeitunabhängig, da sie leicht zu speichern sind und 24 Stunden am Tag und dies über das ganze Jahr unabhängig von den Jahreszeiten genutzt werden können. Anders als die biotischen Energien, die nur dezentral in zumeist kleinen Einheiten in nützliche Arbeit umgesetzt werden können und in aller Regel nur dann, wenn die Sonne scheint, erlauben die fossilen Energien Konzentration und Zentralisierung ökonomischer Prozesse, wenn es das Rentabilitätskalkül sinnvoll erscheinen lässt. Die fossilen Energieträger können jedes Größenwachstum mitmachen, also mit der Akkumulation des Kapitals mitwachsen. Das wäre bei solaren Energiequellen schwierig.

Drittens besitzen fossile Sekundärenergien, vor allem die Elektrizität und der Verbrennungsmotor, alle Vorzüge der Mobilität, der Dezentralisierung, des flexiblen Einsatzes in allen Lebenslagen und Arbeitsbereichen. Das reicht vom Kinderspielzeug, den Geräten in einer modernen Küche und Hobby-Werkzeugen bis zum PC oder Baukran und Off-road car. Die Potentiale der Arbeit werden enorm gesteigert. Auch die Lebensformen in den Haushalten ändern sich radikal. Das elektrische Licht kann die Nacht zum Tag machen und daher soziale Rhythmen von den Naturgegebenheiten und Biorhythmen loslösen. Auch die Wucht politischer Herrschaft kann gesteigert werden, nicht zuletzt weil sich auch das Militär der Potenzen der fossilen (und auch der nuklearen) Energieträger zur Steigerung der Destruktionskraft bedient.

Wie Fernand Braudel (1986) bemerkt, kann erst im Zuge der Entwicklung von Werkzeugen und eines Maschinensystems „fixes Kapital“ gebildet werden, weil die Produktionsmittel nicht mehr aus schnell vergänglichem Holz, sondern aus dauerhaftem Eisen hergestellt wurden. Auch die steinernen Gebäude waren dauerhafter als die Holzkonstruktionen[5]. In den metallenen und steinernen Produktionsmitteln bekam das Kapital eine machtvolle und sichtbare Gestalt. Der Kapitalismus erzeugt also die ihm entsprechenden

[4] Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass die Transportlogistik sehr verwundbar ist und daher militärische Sicherungsmaßnahmen auslöst, insbesondere seit der Kriegserklärung gegen den Terrorismus.

[5] Holzbrücken sind noch im 19. Jahrhundert von Schiffern abgebrannt worden, die so der Konkurrenz der Eisenbahn Schaden zuzufügen versuchten.

Produktionsbedingungen und gleichzeitig die Symbole der Macht über die lebendige Arbeit und die Natur und der Überlegenheit über andere „primitive“ Produktionsweisen. Der Überschuss, der aus allen Gesellschaftsformationen bekannt ist, bekommt die Gestalt des Mehrwerts. Nun geht es nicht mehr in erster Linie um den Akt der „Inwertsetzung“, sondern um die Dauerhaftigkeit der Reproduktion der „auf dem Wert beruhenden Produktionsweise“. Arbeiter produzieren Mehrwert, der von Kapitalisten angeeignet wird. Die einen haben und die anderen nicht. Der Klassengegensatz reproduziert sich, wie Marx im „Kapital“ darlegte, auf immer höherer Stufe (MEW 23: 22. Kapitel). Daraus ergeben sich mehrere Konsequenzen.

Erstens wird mit Hilfe von industrieller Technik, des Einsatzes fossiler Energien in der sozialen Organisation des Kapitalismus die Steigerung des „Wohlstands der Nationen“ in einem Ausmaß möglich wie niemals zuvor in der Menschheitsgeschichte. Nach Adam Smith ist dies eine Folge der Arbeitszerlegung in der Fabrik und der Arbeitsteilung in der Gesellschaft, gelenkt durch die „unsichtbare Hand“ des Marktes, heute erzwungen durch den globalen Wettbewerb. Denn der Kapitalismus ist von Anbeginn an ein (anfangs vor allem europäisch dominiertes) Weltsystem mit einer Dynamik, die heute als "Globalisierung" bezeichnet wird.

Der jahresdurchschnittliche Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen wird von 0,22% in den Jahrhunderten von 1000 bis 1820 auf jahresdurchschnittlich 2,21% von 1820-1998 verzehnfacht (Maddison 2001). Der Lebensstandard der Menschen in den Industrieländern hat sich seitdem außerordentlich verbessert, und Unterernährung und Hunger verschwinden – zumindest in Europa in friedlichen Zeiten (Ponting 1992: 106ff). Dieses Ergebnis kommt aber auch zustande, weil in dem Jahrhundert seit der industriellen Revolution mindestens 55 Millionen Menschen aus Europa in die „Neue Welt“ Nordamerikas, in den Süden Amerikas und Afrikas oder nach Australien ausgewandert sind. So wurde die infolge der Produktivitätssteigerung erzeugte „redundant population“ (Ricardo 1817, 312. Kapitel: 385) in die „Siedlungskolonien“ exportiert.

Jedoch wird *zweitens* seit der Industrialisierung gegen Ende des 18. Jahrhunderts der wachsende Wohlstand extrem ungleich verteilt. Das globale Durchschnittseinkommen steigt in den 178 Jahren von 1820 bis 1998 von 667 auf 5709 US$ pro Kopf. Doch in Westeuropa beträgt das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen im Jahre 1998 17921 US$, in den „Ablegern“ Westeuropas, in den USA, Kanada usw., liegt es bei 26146 US$. In Asien (ohne Japan) beträgt der Durchschnitt der Pro-Kopf-Einkommen aber nur 2936 US$, und in Afrika 1368 US$. Wachstum ist also keineswegs mit mehr Gleichheit in der Welt verbunden (Zahlen

in konstanten US$ von 1990 nach Maddison 2001[6]). Im Gegenteil, Ungleichheit wird zu einer Lebenserfahrung und zu einem Ärgernis zumindest für jene, die zu den Benachteiligten gehören. Kapitalismus, dies zeigt sich von Anbeginn an, ist ein System der qualitativen Angleichung (alles wird in Geld und Kapital ausgedrückt[7]) und der quantitativen Ungleichheitsproduktion: Die einen haben viel, die anderen wenig und einige gar keine Geldeinkommen. Daher sind auch die monetären Ansprüche an die Ressourcen der Erde höchst ungleich. Die Menschen haben einen verschieden großen „ökologischen Fußabdruck".

2.3 Fetisch Wachstum

Wachstum wird, nachdem es so dramatisch seit der industriell-fossilen Revolution gesteigert werden konnte, eine zentrale Kategorie in modernen ökonomischen Diskursen. Wachstum ist „gut für die Armen", behaupten Weltbank-Autoren (Dollar/ Kraay 2001) – kontrafaktisch, wenn man die Daten eben der Weltbank interpretiert. An der Wachstumsrate werden Regierungspolitiken im internationalen Vergleich bewertet, z.B. seitens der OECD. Der Council of Economic Advisers des US-Präsidenten hat in seinem „Economic Report for the President" im Jahre 2003 das sechste Kapitel ganz der Frage gewidmet, warum Wachstum im wesentlichen Vorteile bringt. Einige „Pro Growth Principles" sollten daher unbedingt Beachtung finden, nicht nur in den USA. Dazu gehören unter anderen: economic freedom, competition and entrepreneurship, macroeconomic stability, privatization, openness to international trade, foreign direct investment and financial flow liberalization (ERP 2003: 213ff). Diese Zielsetzungen sind in jedem Katalog von Leitlinien für "good governance" enthalten. Die Weltökonomie muss wachsen, lautet das Credo, das unzählige Male wiederholt wird.

Der Wachstumsimperativ ist also fest verankert in den ökonomischen und politischen Diskursen. Je höher das Wachstum, desto weniger wirtschaftliche, soziale und politische Probleme – und umgekehrt. Woher aber kommt die Wachstumsmanie? Die Antwort ist: aus dem Kern der kapitalistischen Gesellschaften und der ingeniösen Nutzung der fossilen Energieträger. In den vielen Jahrhunderten bis zur industriellen Revolution in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts betrug das Wirtschaftswachstum ca. 0,2% im Jahr, und das war „a good result" (Crafts 2000: 13). Selbst in dem halben Jahrhundert der „schweren

[6] Es ist problematisch einen statistischen Vergleich über eine zweitausendjährige Periode durchzuführen, auch wenn er mit großer Sorgfalt angestellt wird. Die Daten Maddisons jedoch sind, auch wenn Abweichungen möglich sollten, plausibel; sie stimmen mit theoretischen Überlegungen überein.

Industrialisierung“ von 1780 bis 1830 erreichte Großbritannien ein reales Wirtschaftswachstum pro Kopf von nicht mehr als 0,4% pro Jahr. Doch seitdem sich die Produktionsmethoden der kapitalistischen Industriegesellschaft durchgesetzt haben (seitdem die oben erwähnte zweite Strategie in Verbindung mit der dritten Strategie Heinbergs breit angewendet werden), verzehnfacht sich der Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen gegenüber vorindustriellen Zeiten. In diesen beruhte das Wachstum des Sozialprodukts in allererster Linie auf der Zunahme der Bevölkerung, und diese wiederum hing vom Zuwachs der Güter und Dienste zur Subsistenz und Reproduktion der Menschen ab, hauptsächlich durch Strategien der Aneignung durch Enteignung, wie oben dargestellt[8]. Seit der industriellen Revolution jedoch ist das Wachstum nicht mehr hauptsächlich von der Zufuhr von Arbeitskräften und der Fruchtbarkeit der Böden abhängig, sondern vom Anstieg der Produktivität industrieller Arbeit. Dieser Anstieg ist eine Folge der systematischen Nutzung von Wissenschaft und Technik zur Entwicklung der Produktivkräfte (Werkzeuge, Maschinen etc.), der sozialen Organisation der kapitalistischen Mehrwertproduktion und - *last not least* - des massiven Einsatzes fossiler Energieträger zum Antrieb der Werkzeuge und Maschinen des Industriezeitalters.

In der klassischen politischen Ökonomie von Adam Smith oder David Ricardo spielt Wachstum im Unterschied zur Verteilung keine herausgehobene Rolle. Durch Vertiefung der Arbeitsteilung sei eine Spezialisierung möglich, und diese erhöhe die Arbeitsproduktivität. Der Ausstoß von Gütern und mit ihm der "Wohlstand der Nationen" nehme zu. Der Anstieg der Arbeitsproduktivität ist freilich nur möglich, wenn immer mehr Arbeiter durch Kapital ersetzt und freigesetzt werden. So wird eine „Überflussbevölkerung“ (redundant population) erzeugt (Ricardo 1959). Ricardo war optimistisch und ging davon aus, dass die Freisetzungen - durch Wachstum – kompensiert werden könnten[9]. Doch daraus ergab sich bei ihm keine Wachstumstheorie. Daher ist es kein Bruch, wenn in der Tradition der klassischen Politischen Ökonomie John Stuart Mill eine Ökonomie der kontemplativen Selbstgenügsamkeit, ohne Akkumulation und Wachstum denkt (Mills; vgl. auch Luks 1999). Hier wirkt auch die Verankerung des Lebens in landwirtschaftlich geprägten Milieus mit ihren langsamen

---

[7] Daher hat die neoliberale Theorie keine Probleme mit der Subsumption von allem unter einen all umfassenden Kapitalbegriff: Sachkapital, Naturkapital, Humankapital, Wissenskapital etc. können von Anlegern entsprechend der erwarteten Rendite verglichen werden.

[8] Dies war im übrigen der rationale Kern der Theorie von Robert Malthus (1970). In nicht-fossiler, agrarischer Gesellschaft war das Wachstum der Bevölkerung im wesentlichen begrenzt durch das Wachstum des Angebots an Lebensmitteln.

[9] Heute wissen wir, das ein Großteil der redundant population nicht wieder in den formellen Arbeitsprozess integriert wird, sondern bestenfalls im informellen Sektor zumeist prekäre Beschäftigung findet (dazu: Altvater/

Rhythmen und engen Horizonten (Ausgangspunkt der Romantik) nach. Erst später ist mit der Industrialisierung und der fordistischen Durchrationalisierung aller Lebenssphären der landwirtschaftliche Anker gelichtet worden, bzw. die Landwirtschaft ist so durchindustrialisiert wie andere Industriezweige auch. Das Leben wird hektisch, und Wachstum wird eine Norm. Kontemplation passt nicht in das neue Zeitregime der Atemlosigkeit, weder in der Fabrik, noch auf dem Lande, noch im Haushalt.

Erst seit den 1920er Jahren entsteht die Wachstumstheorie. In der frühen Sowjetunion beginnt die Planung der Wirtschaft. Jetzt kommt es darauf an, dass die Proportionen der Branchen und Abteilungen (Investitionsgüter und Konsumgüter) stimmen. Nicht zufällig stammt eine der ersten explizit ausformulierten Wachstumstheorien von einem Sowjetökonomen, von G. A. Feldman (1965). Mit der keynesianischen makroökonomischen Wende nach dem großen Schock der Weltwirtschaftskrise, die vor 75 Jahren am 24. Oktober 1929 ausbrach, kommt die Wachstumsfrage auch in der westlichen ökonomischen Theorie auf die Agenda, zumal inzwischen der „Systemwettbewerb“ ausgebrochen ist. Das erklärte Ziel lautet: Steigerung der Wachstumsraten, um den Kapitalismus „einzuholen und zu überholen“[10], bzw. – von westlicher Seite - um den Vorsprung gegenüber der Sowjetunion zu wahren.

Nach dem Ersten Weltkrieg und der Russischen Revolution bekommt also Kapitalismus als Gegenbegriff zum Sozialismus eine neue Bedeutung. Kapitalismus, so Lenin und alle, die seinem Ansatz folgen, sei eine dem Untergang geweihte Gesellschaftsformation, deren Zeit abgelaufen sei. Die Zukunft gehöre dem Sozialismus. Dagegen argumentieren liberale und neoliberale Autoren wie von Mises (1922), von Hayek (1931) und später Walter Eucken (1959), die den Begriff des „Kapitalismus“ als eine Hypostasierung ablehnen und die Begriffe der „Marktwirtschaft“ oder der „freien Verkehrswirtschaft“ als eine Art natürlichen Gegensatz zur „Zentralverwaltungswirtschaft“ vorziehen. In ihren Augen ist ökonomische Rationalität nur in einem auf Privateigentum beruhenden marktwirtschaftlichen System möglich; der Sozialismus sei inefffizient und auf Dauer unfähig, hohe Wachstumsraten zu erzielen. Daher sei nicht der Kapitalismus, wohl aber der Sozialismus zum Scheitern verurteilt[11].

Mahnkopf 2002). An die Stelle des Proletariats tritt daher, so eine moderne Wendung auf dem Europäischen Sozialforum 2004, das „Prekariat“.

[10] In den Jahren 1967/ 68 versuchte die Führung der DDR in einer Kampagne unter dem Slogan „Überholen ohne einzuholen“, die Modernisierung der Industriestruktur der DDR zu beschleunigen.

[11] Eine sozialistische Planwirtschaft, die als Alternative zum krisengeschüttelten staatsmonopolistischen Kapitalismus gedacht (und nach der russischen Revolution, etwa beginnend Mitte der 20er Jahre in der Sowjetunion gemacht) wurde, sei prinzipiell durch mangelnde Rationalität und Effizienz charakterisiert. So die

Wachstum wird zu einem Element der Alltagswelt und des Alltagsverständnisses, und zu einer Selbstverständlichkeit (Easterlin 1998), die überhaupt nicht selbstverständlich ist. Dies lässt sich am Beispiel der globalen Krise der Automobilindustrie darstellen: Die Entwicklung des Kapitalismus des 20. Jahrhunderts wäre gar nicht denkbar ohne das Automobil. Das Auto ist das entscheidende Symbol für Modernität, Wohlstand, Mobilität und Dynamik, es hat einen zentralen Stellenwert bei der Ankurbelung von Wachstum und bei der Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit von „Standorten". Die Automobil- und mit ihr verbundenen Industrien hatten über Jahrzehnte überdurchschnittliche Zuwachsraten. Die Entwicklung einer eigenständigen Automobilindustrie gilt als Schlüssel der Industrialisierung schlechthin. Die Städte, die Kommunikations- und Transportstrukturen sind auf das Automobil zugeschnitten, also auf Beschleunigung und Expansion. Das Automobil ist das paradigmatische Produkt des fossilen Zeitalters. Ohne Öl kein Auto, und ohne Auto nicht die Art von Mobilität, die das 20. Jahrhundert und wenige Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts prägt – so lange die Versorgung mit Öl reicht. Ob andere Antriebsenergien an seine Stelle treten können, wenn Öl knapp und teuer wird, ist heute nicht abzusehen. Die Wahrscheinlichkeit ist aber eher gering. Der Fossilismus hat sich mit dem Automobil und allen seinen Begleiterscheinungen in den Lebenswelten eingenistet, zu einer Kultur verdichtet. In jeder Plastiktüte ist er präsent, und jeder Last-minute-Flug ist ein (fossiles) Erlebnis – für die Generationen der Öl-Bonanza, für spätere Generationen nicht mehr.

So kommt es, dass die Wachstumsdynamik nicht nur aus den Investitionen stammt, sondern auch aus dem Konsum. Wachstum wird zum Fetisch, dessen Lebenssaft aus fossilen Energieträgern, vor allem aus Öl besteht. Doch darf nicht vergessen werden, dass Wachstum der Ausdruck für Profitabilität ist oder: ohne Wachstum gibt es keine Überschüsse, und Überschüsse sind die Basis der Profite.

Damit geht eine paradoxe Verkehrung einher. In der Frühzeit der kapitalistischen Industrialisierung gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurde eine Steigerung des Wachstums durch die Nutzung fossiler Energieträger für den Antrieb des Systems industrieller Werkzeuge möglich. Ein gesellschaftlicher Imperativ des Wachstums jedoch existierte in jener Epoche noch nicht. Denn die Gesellschaften waren nicht vollständig durchkapitalisiert. Es gab nicht-kapitalistische Räume, in denen das Gesetz von Profit, Akkumulation und Zins

---

Botschaft von Ludwig von Mises oder F.A. von Hayek seit den 20er Jahren. Gegen diese Apodiktik haben sich schon in den 20er Jahren Autoren gewandt, die der neoklassischen Analyse auf ihrem Feld mit neoklassischem Instrumentarium entgegentraten: Enrico Barone und die Doktorandin Schumpeters Cläre Tisch, später vor allem Oscar Lange oder Ota Sik, die aufzeigen konnten, daß auch unter sozialistischen Eigentumsverhältnissen Konkurrenz und daher rationale Marktsteuerung möglich seien.

keine volle Gültigkeit hatte. Der Kapitalismus jedenfalls konnte unter Rückgriff auf die fossilen Energieträger die in ihm angelegte „europäische Rationalität der Weltbeherrschung“ (Max Weber) voll entfalten. Heute ist Wachstum in die gesellschaftlichen Verhältnisse, in Produktion und Konsumwelt gleichermaßen, eingeschrieben. Doch was ist, wenn der Treibstoff des Wachstums, die fossilen Energieträger, in den nächsten Dekaden ausgehen sollten? Dies prognostizieren seriöse Ökologen und Geologen (Campbell/ Laherrère 1998; Heinberg 2004). Dann ist die Macht der Kongruenz von Kapitalismus und Fossilismus vorbei und die Krise unvermeidbar.

2.4 Krisen des Kapitalismus: Schwächung oder Stärkung des Systems?

Schon immer wird das hohe Wachstum im industriellen Kapitalismus durch Krisen unterbrochen. Schon David Ricardo und Simon de Sismondi beobachteten zu Beginn des 19. Jahrhunderts Krisensymptome und versuchten, sie zu erklären, da sie so gar nicht zu den Wohlstandsversprechen der klassischen politischen Ökonomie passen wollten. David Ricardo hatte darauf hingewiesen, daß die Profitrate tendenziell fällt. Allerdings hat er diesen Fall mit steigenden Lebensmittelpreisen begründet, weil immer ertragsärmere Böden unter den Pflug genommen werden und daher der Subsistenzlohn der Industriearbeiter, die ja die Lebensmittel kaufen, steigen müsse. Er hat die Produktivitätssteigerungen der industrialisierten Landwirtschaft nicht sehen können; Justus Liebigs Entdeckungen revolutionierten erst später die Landwirtschaft.

Marx hat den tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate systematisch im Kontext des Gesamtreproduktionsprozesses des Kapitals untersucht und auf diese Weise die zyklisch wiederkehrenden Krisen als immanenten Ausdruck der Akkumulationsdynamik einer kapitalistischen Gesellschaft erklären können[12]. Der Mehrwert ist im Kapitalismus die historische Form des Überschusses, den es in anderen Gesellschaftsformationen auch gibt – in Form von Rente und Tribut in vorkapitalistischen, in Form des Akkumulationsfonds in real-sozialistischen Gesellschaften. Der monetäre Mehrwert wird auf den monetären Kapitalvorschuss bezogen. Diese Relation wird in einer Vielfalt von betriebswirtschaftlichen Kennziffern ausgedrückt; in der Politischen Ökonomie wird sie als Profitrate bezeichnet. Sie ist die Steuerungsgröße des Kapitalismus als System. Niedrige und fallende Profitraten

[12] Die Ausführungen zum Krisenzyklus finden sich verstreut im gesamten Werk von Marx. Man kann daher mit gutem Grund sagen, die Analyse der Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise als solche ist Krisentheorie (vgl. dazu Heinrich 1999, insbes. 8. Kapitel)

verlangsamen den Akkumulationsprozess, Investitionen bleiben aus und Arbeitskräfte werden entlassen.

Doch führen die periodischen Krisen zu einem Zusammenbruch des Systems? Nicht wenige marxistische Autoren würden diese Frage bejahen. In der Zusammenbruchstheorie von Henryk Grossmann aus den 1920er Jahren wurde mechanisch das Ende des Kapitalismus prognostiziert, wenn aus dem Mehrwert nicht mehr genügend Arbeitskräfte eingestellt (also variables Kapital akkumuliert) werden könnten, um eine positive Profitrate angesichts steigenden Einsatzes von Produktionsmitteln (von konstantem Kapital) zu erzielen (Grossmann 1967). Politische Akteure konnten bestenfalls den historischen Zusammenbruch vollziehen, nicht aber mit subjektiven Wünschen und Utopien anstreben, weil sie Alternativen vor Augen hatten. Rosa Luxemburg identifizierte ebenfalls Grenzen des Kapitalismus, wenn die letzten nicht-kapitalistischen Klassen und Regionen in das kapitalistische Weltsystem integriert worden sind (Luxemburg 1966). Der produzierte Mehrwert ließe sich nicht mehr realisieren und eine Realisierungskrise sei unvermeidlich. Auch Lenin hielt den Imperialismus seiner Zeit für das höchste, aber auch das letzte Stadium des Kapitalismus (Lenin 1916). Die revolutionären Massen würden den Kapitalismus beseitigen, in dem bereits – Dialektik der Geschichte – alle Bedingungen für eine sozialistische Gesellschaft herangereift seien[13].

Doch setzt sich in der Entwicklung eine andere Interpretation der Krisen des Systems durch, zumal im „goldenen Zeitalter“ kapitalistischer Akkumulation in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Kapitalismus sich in Saft und Kraft mit hohen Wachstumsraten präsentierte. Die Idee, der Kapitalismus gelange in krisenhaften Konvulsionen an ein Ende, erschien daher lebensfremd. Wenn denn Krisen ausbrechen, dann lösen sie eher Prozesse der Bereinigung aus: technische Innovationen werden mit dem Effekt einer Steigerung der Produktivkräfte realisiert (diesen Sachverhalt nimmt Joseph A. Schumpeter zur Grundlage seiner Theorie eines „langen Zyklus“ der kapitalistischen Entwicklung), die Proportionen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses werden durch Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen zu Gunsten der Profite verändert. Die Profitrate wird auch gesteigert, indem neue Anlagefelder für Kapital erschlossen werden, z.B. durch die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen wie in den vergangenen Jahrzehnten der

[13] Das sind theoretische Ansätze, die entstanden sind, als ein großer Teil der Welt noch gar nicht vollständig in das kapitalistische System integriert war. Doch seitdem das kapitalistische Weltsystem existiert, wird es von Hegemoniezyklen charakterisiert. Daher sieht Immanuel Wallerstein zwar nicht den Kapitalismus am Ende, wohl aber die US-amerikanische Hegemonie in den nächsten Jahrzehnten – trotz oder gar wegen der ungeheuren

neoliberalen Hegemonie. Privatisierungen sind in aller Welt zur Plünderung öffentlichen Eigentums genutzt worden, oftmals noch unterstützt durch Subventionen (Steuersenkungen) zu Gunsten der Reichen. Die Akkumulation in der Zeit (Wachstum) und im Raum („imperialistische“ Expansion) wird erneut angeregt, das kapitalistische Weltsystem also gestärkt.

Krisen sind unterschiedlich tief und sie dauern unterschiedlich lange. Daher hat es sich eingebürgert, „große“ Krisen *der* gesellschaftlichen Formen und „kleine“ Krisen *in der* Gesellschaftsformation zu unterscheiden (Altvater 1993). Nicht in jeder ökonomischen Krise werden die gesellschaftlichen Strukturen und politischen Verhältnisse in Frage gestellt. Schumpeters Interpretation von „langen Wellen“ der Konjunktur sieht vor allem technische Innovationen und dynamische Unternehmer als Triebkraft von umfassenden ökonomischen und sozialen Transformationen (Schumpeter xxxx). In der marxistischen Tradition wird davon ausgegangen, daß die in „großen“ Krisen erzwungenen Transformationen den Charakter des Kapitalismus modifizieren. Er wandelt sich vom „Konkurrenz-“ zum „Monopol“- und „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ (Eugen Varga 1969 und viele andere Autoren). Die Art und Weise der Regulation, das Verhältnis von Markt, Staat und sozialen Netzwerken passen sich historischen Veränderungen an. Diese Anpassungsfähigkeit macht den Kapitalismus zu einem stabileren System als viele Kritiker angenommen haben. Kurz: Ökonomische und soziale Krisen führen nicht zum Zusammenbruch, sondern eher zur Stabilisierung des kapitalistischen Systems. Dieser Sachverhalt mag Hardt und Negri dazu veranlasst haben, sich mit Krisen nur am Rande zu beschäftigen. Im „voll entfalteten Weltmarkt“ (Hardt/ Negri 2002: 342) mit seinen Netzwerken verlaufe der ökonomische Prozess krisenfrei. Das allerdings ist eine Überinterpretation. Denn dass Krisen eine Bereinigungsfunktion haben, bedeutet nicht, dass Krisen eine „quantité négligeable“ seien. Denn erstens ist die „Bereinigung“ außerordentlich destruktiv, insbesondere für die subalternen Massen. Die Finanzkrisen der vergangenen Jahrzehnte sind dafür Beispiel. Zweitens werden nach jeder überwundenen Krise erneut die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise zugespitzt, so dass Krisen periodisch in je verschiedener historischer Gestalt wiederkehren.

Der Kapitalismus durchläuft also historische „Phasen“. Daher taucht die methodische Frage auf, in welchem Verhältnis die historischen Stufen kapitalistischer Entwicklung zu den „allgemeinen“ Formbestimmungen und Bewegungsgesetzen der kapitalistischen

---

Macht, die heute die Bush-Regierung (re)präsentiert (Wallerstein 1979; 2003; 2004). Kann sich der globale Kapitalismus reproduzieren, wenn die politische Hegemonialmacht, die ihn stärkt, erodieren sollte?

Produktionsweise stehen. Fernand Braudel umgeht diese Frage mit der Feststellung, dass sich „der Kapitalismus im Verlauf dieser großen Mutation (gemeint ist die Weltwirtschaftskrise nach 1929 – EA) gleich geblieben ist“ (Braudel 1986b: 695). Das stimmt zwar, ist aber nur die halbe Wahrheit. Marx selbst unterscheidet zwischen der prä-industriellen Manufakturperiode des Kapitalismus und der „Großen Industrie“. Das Unterscheidungskriterium ist die Art der „reellen Subsumtion“ der Arbeit unter das Kapital: Folgt die Arbeitsteilung den subjektiven Qualifikationen der Arbeiter (wie in der Manufaktur) oder wird sie in die „objektive“ Struktur der industriellen Produktionsmittel, die von fossiler Energie angetrieben werden, eingeschrieben?

Die Große Industrie übt mit ihren „Sachzwängen“ also Herrschaft über die subjektiven Produktionsbedingungen aus: die Lohnarbeiter werden mehr und mehr der Disziplin der Fabrik (der hierarchischen Herrschaft der Organisation, dem Zeitregime, einer scheinbar neutralen Technostruktur, also dem von Marx so bezeichneten „stummen Zwang der Verhältnisse“) unterworfen. Freilich bleibt die Herstellung der Fabrikdisziplin äußerlich und ist daher unzureichend für eine dynamische kapitalistische Entwicklung. Folglich werden auch Arbeit, Arbeitsprozeß und Systeme der Lohnfindung nach der gleichen Logik rationalisiert, die die Gestaltung der objektiven Produktionsbedingungen bestimmt (Sohn-Rethel 1970). Die wissenschaftliche Betriebsführung („Taylorismus“) wird die Grundlage einer durchgreifenden Rationalisierung von Produktion und Reproduktion, für die seit Mitte der 20er Jahre der Name Ford (und daher "Fordismus“) als Symbol der neuen Phase des modernen Kapitalismus steht[14]. Schon im Begriff kommt die Zentralität des Automobils als dem paradigmatischen Produkt zum Ausdruck. Indem die Arbeit im Zuge der Rationalisierungen auf die Logik der industriellen Wandlungssysteme von fossilen Energieträgern gebracht wird, ist die Priorität des Fossilismus gegenüber der lebendigen Arbeit (als Energiequelle) ratifiziert und zugleich symbolisiert. Die Rationalisierung ist systematisch (also wissenschaftlich fundiert, wodurch der Wissenschaft im Kapitalismus eine

[14] Der Fordismus ist mehr als die durchrationalisierte, vom Fließband gekennzeichnete Fabrik. Es handelt sich dabei um ein soziales, ökonomisches und auch politisches Projekt mit weitreichenden ökologischen Auswirkungen. Die ökologischen Implikationen werden zumeist in der Literatur vernachlässigt (vgl. dazu Altvater 1992). In Romanform ist der Zusammenhang von sozialer Organisation, kapitalistischer Rationalisierung, wissenschaftlicher Beratung, indigenem Eigensinn und ökologischer Vereinseitigung am Beispiel des Versuchs der monokulturellen Kautschukproduktion in Fordlandia am Rio Tapajós in Amazonien von Sguiglia (2002) sehr schön herausgearbeitet worden.

ganz neue Funktion zukommt, die sie vorher nie gehabt hatte)[15] und systemisch, d.h. sie erfaßt die gesamte Ökonomie und zieht auch Gesellschaft, Politik und Kultur in ihren Bann[16].

Auf den Schock der großen Krise von 1929 wird mit einem ökonomisch begründeten politischen Projekt geantwortet. Der Staat interveniert in die Ökonomie, um die Massennachfrage zu erhöhen („welfare-capitalism"), die benötigt wird, um die Massenproduktion der fordistischen Fließbandsysteme abnehmen zu können („Keynesianismus"). Das Projekt des keynesianischen Staatsinterventionismus wird nach dem Zweiten Weltkrieg unter den Bedingungen der „Systemkonkurrenz" mit dem „sozialistischen Lager" in den Industrieländern zur Grundlage des Ausbaus eines wohlfahrtstaatlichen Kapitalismus, der sich nun auch, anders als in der Geschichte zuvor, auf eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung verlassen kann. Daher, so meinten viele Autoren, von André Gorz bis Ralf Dahrendorf, habe sich der Kapitalismus erneuern können; das Proletariat hingegen habe sich „verabschiedet". Dem revolutionären Subjekt des politischen Marxismus, dem Proletariat, dem „Totengräber" der kapitalistischen Gesellschaft stehe keineswegs der Sinn nach revolutionärer Überwindung des Systems. Das Ende des Kapitalismus befindet sich allenfalls in einer fernen Zukunft.

Aber streben die Marginalisierten, die subalternen Klassen in der „dritten Welt", die „Verdammten dieser Erde" (Frantz Fanon 1962) eine Revolution an? In der „dritten Welt" verschieben sich zwar die Machtpositionen. Aber hat es eine wirkliche Revolution gegeben? Eric Hobsbawm (1995) meint, dass die einzige Revolution im Verlauf des 20. Jahrhunderts das Verschwinden der Bauern sei. Zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte arbeitet weniger als die Hälfte der Erwerbspersonen auf dem Land.

Der Kapitalismus beweist in dieser Phase seine Kraft zur Modernisierung. Reformen werden dem Kapitalismus durch soziale Bewegungen (vor allem durch die Arbeiterbewegung) und durch die „Systemkonkurrenz" aufgeherrscht. Die „Ambivalenz des Reformismus", Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen zu erstreiten und

[15] Nur deshalb kann von der Herausbildung einer „Wissensgesellschaft" gesprochen werden. Ansonsten muss gegen den modischen Gebrauch des Begriffs festgehalten werden, dass alle Gesellschaften „Wissensgesellschaften" sind.

[16] Dies hat Antonio Gramsci zum Gegenstand seiner Analyse der Bedingungen für die Stabilität von bürgerlicher Hegemonie in modernen kapitalistischen Klassengesellschaften gemacht (Gramsci 1967; 1999). Später hat die „Regulationstheorie" (z.B. Aglietta 1979; Lipietz 1986; Boyer 1986) diesen Gedanken weiterentwickelt und den Kapitalismus als ein historisches System charakterisiert, das seine jeweils spezifischen „regulierenden" Institutionen hervorbringt („Regulationsweise"), um die Akkumulationsdynamik („Akkumulationsregime") aufrecht zu erhaltenOb es Sinn macht, diese institutionelle Verankerung und psychologische Verinnerlichung als Übergang von einer Disziplinar- zu einer „globalen Kontrollgesellschaft" (Hardt/ Negri 2002: 341) zu interpretieren, wäre eine semantische Frage, wenn nicht damit eine Entscheidung gegen die marxistisch-regulationstheoretische und für die Foucault'sche Interpretation von Macht getroffen würde. Ob damit kritischer Erkenntnisgewinn erzielt wird, ist den Büchern von Hardt und Negri nicht zu entnehmen.

gleichzeitig das System zu stabilisieren, kommt darin deutlich zum Ausdruck. Die von Gramsci hervorgehobene Fähigkeit zur Anpassung kapitalistischer Gesellschaften an historische Herausforderungen, zum so genannten „Transformismus“, ist in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg enorm. Diese Flexibilität hatte das real-sozialistische System nicht – und ist daran wohl gescheitert (vgl. Altvater 1991). Am Ende des „kurzen 20. Jahrhunderts“ (Hobsbawm 1995) hat der Kapitalismus schließlich über das konkurrierende System obsiegt. Das Triumphgeschrei von Thatcher, Reagan, Bush und der vielen neoliberalen Theoretiker war nicht zu überhören.

Doch dies hat die Herrschenden in den kapitalistischen Gesellschaften dazu verleitet, sich nicht mehr um die wohlfahrtsstaatliche Integration der Massen zu kümmern. Daher ist nicht nur ökonomische, sondern auch politische Bindungskraft verloren gegangen. Der moderne Kapitalismus greift mehr und mehr auf die Formen der Inwertsetzung seiner Frühphase zurück. Die Aneignung erfolgt nicht hauptsächlich durch die Produktion eines (relativen) Mehrwerts mit Hilfe der Steigerung der Produktivität der Arbeit, sondern durch Enteignung der ökonomischen Substanz anderer: „Accumulation by dispossession“ (Harvey 2004). Die Methoden dieser Aneignung, die an die absolute Mehrwertproduktion erinnern, sind heute allerdings höchst modern. Sie umfassen die Gesamtheit der Finanzinnovationen. Diese sind nicht zuletzt deshalb entwickelt worden, um auf den gesellschaftlichen Surplus überall in der Welt zugreifen zu können. Dies ist gelungen, wie die einseitigen Finanzflüsse von den Schuldnern zu den Gläubigern belegen: Eine Strategie der Enteignung in globalem Maßstab.

2.5 Die Rolle der Finanzmärkte in den Strategien der Aneignung

In der langen Geschichte des kapitalistischen Weltsystems hat es keine Phase mit vergleichbar hohen Wachstumsraten wie zwischen 1945 und etwa 1973 gegeben. Doch das „goldene Zeitalter“ fand abrupt mit Ölkrise und Massenarbeitslosigkeit, mit Diskursen über die „Unregierbarkeit“ und die “Krise der Demokratie“, mit dem Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods Mitte der 1970er Jahre ein Ende. Der nationalstaatliche, keynesianische Interventionismus wurde durch die „neoliberale Konterrevolution“ (Friedman 1962) abgelöst. Politische Regeln und Vorschriften (für den Warenverkehr, Direktinvestitionen und den sonstigen Kapitalverkehr[17]) werden dereguliert, Märkte werden (durch Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen) radikal liberalisiert. Öffentliche Güter und staatliche

[17] Dies gilt nicht für transnationale Migration. Diese ist in manchen Weltregionen und Ländern stärker reglementiert als je zuvor. Die Freiheit der Märkte gilt für Kapital-, Finanz- und Warenmärkte; sie endet auf den Arbeitsmärkten.

Unternehmen werden weitgehend privatisiert. Dies alles zusammen mit einer geradezu revolutionären technischen Modernisierung von Transport- und Kommunikationssystemen hat den Kapitalismus zu einem Weltsystem gemacht, wie noch niemals in seiner 500-jährigen Geschichte zuvor. Heute wird dieser Sachverhalt als Globalisierung bezeichnet (grundsätzlich dazu: Altvater/ Mahnkopf 2003).

Besonders wichtig für das Schwinden der Konkurrenzgrenzen und die Realisierung der neuen Strategien der Aneignung ist die Liberalisierung der globalen Finanzmärkte seit Mitte der 1970er Jahre. Mobiles Geldkapital kann weltweit auf die Suche nach höchster Rendite gehen. Bis 1973 war dies nur eingeschränkt möglich, und zwar wegen der Inkonvertibilität der Währungen und der nationalstaatlichen Regulation der Finanzmärkte. Durch die Konkurrenz der „Finanzplätze“ auf liberalisierten Finanzmärkten ist eine Tendenz der generellen Zinserhöhung ausgelöst worden. Denn konstante Zinssätze in einem Land bei steigendem Zinsniveau auf dem globalen Finanzmarkt oder eine einseitige Zinssenkung (z.B. um Investitionen zu verbilligen, um die Schaffung von Arbeitsplätzen anzuregen) würden sofort Kapitalflucht auslösen, die eine Währungskrise zur Folge hätte. Spätestens die Asienkrise von 1997 hat gelehrt, wie desaströs und gleichzeitig im Sinne der sozialen Reform perspektivlos diese Krisen sein können. Also kann es sich kein Land leisten, „aus der Reihe zu tanzen“, und die Reihe tanzt in Richtung hoher Zinsen (Felix 2002)[18].

So lange das Fixkurs-System von Bretton Woods (bis 1973) einigermaßen funktionierte, lagen die Realzinsen unter der realen Wachstumsrate des BIP[19]. Dies war die Voraussetzung für das keynesianische Positivsummenspiel von kredit-finanzierten Investitionen, die den Kapitalisten positive Renditen (Profitraten) brachten, aus denen die (ebenfalls positiven)

[18] Einige Daten sind in folgender Tabelle zusammengestellt (gl. Felix 2002; Enquete Kommission 2002)
Realzinsen auf 10-jährige Staatsanleihen der G7-Staaten abzüglich des realen Wachstums des Bruttosozialprodukts

	Kana-da	*Frank-reich*	*Deutsch-land*	*Italien*	*Japan*	*UK*	*USA*	*Ø G-7*
1959-71	-2,05	-3,93	-1,99	-3,02	-8,74	-0,38	-1,91	-3,15
1972-81	-3,57	-2,06	0,69	-6,44	-3,82	-2,76	-2,13	-2,87
1982-91	4,20	3,11	1,93	1,75	0,39	1,93	2,80	2,30
1992-01	2,14	2,76	2,61	3,15	2,25	1,38	0,62	2,13
					zum Vergleich			
1919-40								-0,03
1946-58								-0,36

Quelle: Felix, 2002: 3

[19] Die Ursachen sind natürlich komplexer; sie haben mit dem Akkumulationsmodell nach dem zweiten Weltkrieg, der Phase der sogenannten Wirtschaftswunder zu tun. Darauf kann hier jedoch nicht eingegangen werden. Vgl. aber die methodischen und empirischen Analysen von Altvater/ Hoffmann/ Semmler 1979; Armstrong/ Glyn/ Harrison 1991; Brenner 2000 – um nur einige der vielen Schriften zum Kapitalismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu benennen.

Kreditzinsen an die Kreditgeber gezahlt werden konnten. Nur eine solche Konstellation ermöglicht in einer kapitalistischen Ökonomie beides, nämlich Akkumulation von realem Kapital und mithin positives Wachstum und – *ceteris paribus* – die Schaffung neuer Arbeitsplätze einerseits und finanzielle Stabilität andererseits (vgl. Altvater 2003). Bis Ende der 1970er Jahre war das Niveau der realen Zinsen sehr niedrig, zeitweise in einigen Ländern nahe Null. Doch dann kam die böse Überraschung: Öffentliche und private Kreditnehmer, die Anleihen in US$ aufgenommen hatten, als der Realzins in den USA niedrig, die Wachstumsraten der Weltwirtschaft hoch und die Exportpreise günstig waren, mussten seit Ende der 70er Jahre steigende Realzinsen, abnehmende Nachfrage in den Industrieländern, explodierende Ölpreise verkraften. Dies war vielen Ländern nicht möglich, die daher in die Schuldenkrise gerieten. Mexiko machte 1982 den Anfang, doch die meisten Länder der damals noch so genannten Dritten Welt folgten. Das Niveau der Realzinsen stieg für die nächsten mehr als zwei Jahrzehnte über die Zuwachsrate des BIP. Erst gegen Ende der 1990er Jahre gingen die Realzinsen während des New Economy Booms erneut leicht zurück. Als die New Economy Bubble im Jahre 2000 platzte und auch die realen Wachstumsraten des BIP zurückgingen, waren in den Industrieländern, und erst recht in den Entwicklungs- und Schwellenländern, die Realzinsen erneut höher als die realen Wachstumsraten.

Tiefgreifende Veränderungen der Struktur des globalen Kapitalismus sind die Folge der hohen Realzinsen: *Erstens* zählt die monetäre Rendite mehr als die Rendite von realen Investitionen (Profitrate). Das wäre kein Problem, wenn die Zentralbanken noch über die souveräne Macht verfügten, die Zinsen (den Diskontsatz) unter die Wachstumsrate und die Rendite (Profitrate) von realen Investitionen zu drücken – wie Keynes es zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den 30er Jahren vorgeschlagen hatte (Keynes 1936/1964). *Zweitens* werden die Möglichkeiten von Kapitalanlagen weltweit verglichen. Dies hat zur Folge, daß – anders als Marx es sich vorstellen konnte – weniger die industrielle Durchschnittsprofitrate zum Vergleich von alternativen Kapitalanlagen herangezogen wird als Zinsen, Renditen und vor allem der monetär gemessene Unternehmenswert („shareholder value“). *Drittens* entstehen Institutionen, die Kapital sammeln und dieses weltweit für ihre Klientel investieren (Pensions-, Investitions- oder Hedgefonds etc.). Durch diese Veränderungen ist der globalisierte Kapitalismus als „Kultur“ in breite Schichten der Bevölkerung in den Industrieländern eingedrungen. *Viertens* haben die großen Finanzkrisen seit den 1980er Jahren den Menschen in den betroffenen Ländern extrem hohe Verluste zugefügt (in Indonesien, Argentinien, Mexiko und anderswo). Anders als in der „fordistischen“ Phase sind in den Krisen von vornherein die Finanzmärkte betroffen, und sie sind nicht mehr auf einen

nationalen Markt begrenzt. Sie haben immer globale Reichweite. Infolge des großen Gewichts der finanziellen Sphäre im globalen Kapitalismus hat sich das Verhältnis von realer und monetärer Akkumulation verändert (Altvater 2004; Rude 2004). Freilich haben letzten Endes die Krisen doch ihren Ursprung in den Widersprüchen der Produktionssphäre. Allerdings sind die Vermittlungen von realer und monetärer Sphäre sehr viel komplexer als in den Zeiten vor der finanziellen Liberalisierung[20].

Die große Bedeutung der monetären Sphäre in Zeiten der Globalisierung verweist auf eine Veränderung der kapitalistischen Reproduktion, die alles das in den Schatten stellt, was Kapitalismus-Theoretiker von Marx über Sombart und Varga bis Mandel (1972) prognostiziert haben. In einem Punkt freilich lagen sie völlig richtig: Wie bereits gezeigt wurde, braucht Kapitalismus Wachstum. Das ist der ökonomisch-statistische Ausdruck von Kapitalakkumulation. Wachstum ist notwendig, um die „monetären Ansprüche" der Geldvermögensbesitzer und nicht nur jene der industriellen Kapitalisten auf eine angemessene Durchschnittsprofitrate zu erfüllen. Ohne Wachstum kann das „finanzgetriebene Akkumulationsmodell" (Aglietta 2000; Chesnais/ Serfati 2003) nicht funktionieren. Die Finanzmärkte erzwingen durch die Konkurrenz um die höchsten Renditen reale Wachstumsraten, die absurd hoch sind, weil sie auf Dauer und mit den Methoden der relativen Mehrwertproduktion (d.h. durch Produktivitätssteigerungen) gar nicht erzielt werden können. Renditen von mehr als 20%[21] können an die Aktionäre nur gezahlt werden, wenn nicht nur die aus Wachstum stammenden Überschüsse verteilt werden, sondern ein globaler Prozess der gewaltigen und häufig gewaltsamen Umverteilung zu Gunsten der „Shareholder" aus der Vermögenssubstanz von Gesellschaften in Gang gesetzt wird. Der globale Kapitalismus ist also räuberisch und kurzsichtig, und die ökonomischen Akteure werden dabei von den Regierungen und internationalen Organisationen unterstützt[22].

---

[20] Die Systemkonkurrenz verlagert sich, nachdem der reale Sozialismus kollabierte, in die globale Arena, in der der wohlfahrtsstaatlich orientierte „rheinische", der marktliberale „atlantische" und möglicherweise der „asiatische" Kapitalismus ihre Überlegenheit zu beweisen haben (Albert 1991). Die Wertschätzung der „varieties of capitalism" (Hall/ Soskice 2001) kommt in der relativen Stärke der jeweiligen Währung in der Währungskonkurrenz zum Ausdruck. Der Wechselkurs aber ist ein monetärer Maßstab, der die realen Bedingungen einer Ökonomie und Gesellschaft nicht unbedingt zutreffend wiedergeben muß.

[21] Renditen von 25% werden erwartet (vgl. z.B. FAZ, 24.12.2004), und dies bei Wachstumsraten von um die 0%. Dies kann natürlich nur gelingen, wenn aus der Substanz Bevölkerungsschichten und ganze Länder enteignet werden.

[22] Die Geschichte der räuberischen Aneignung von "Volkseigentum" bei der Privatisierung in den ehemals real-sozialistischen Ländern muss noch geschrieben werden. Die Auseinandersetzungen um den Yukos-Ölkonzern zeigen, wie erbittert um die Beutestücke aus dem ehemaligen Volkseigentum gekämpft wird, und wie unverhohlen US-Interessen versuchen, sich Anteile an der russischen Ölproduktion zu erschleichen, unter Einschaltung texanischer Bezirksgerichte. Die skandalösen Raubzüge unter den Augen und häufig mit aktiver Unterstützung der US-army im Irak zur Enteignung der nationalen Kulturgüter und zur Aneignung der Bodenschätze gehören vor ein internationales Tribunal.

Ein *fünftes* Charakteristikum kann nicht mit diskretem Schweigen umgangen werden: nämlich die Ausweitung der organisierten Kriminalität, weil im Zusammenhang mit der Deregulierung und Liberalisierung und der Minimierung des Staates die Grenzen zwischen legalem Profitstreben, illegalen Überschreitungen des legalen Rahmens und krimineller Ausnutzung der neuen Freiräume verwischen. Enron, Worldcom, Parmalat, der Schmuggel von Drogen, Menschen und Waffen, die große Korruption, die politische Erpressung etc. sind keine Marginalie. Auf illegale und kriminelle Weise kommen an die 15% des Welthandels oder an die 5% des Weltsozialprodukts zustande. So werden die inneren moralischen Ressourcen des kapitalistischen Systems zerstört – als Folge der neoliberalen Marktöffnung, der Deregulierung und der Zurückdrängung des Staates aus dem Wirtschaftsgeschehen. Ökonomische Akteure folgen den Marktsignalen. Wenn diese hohe Renditen als Maßstab anzeigen, ist es nur opportun, den Marktsignalen mit allen Möglichkeiten zu folgen, auch mit kriminellen Methoden. Die zahlen sich letztlich sogar machtpolitisch aus, wie Bush in den USA oder Berlusconi in Italien zeigen.

3 Das Ende des Ölzeitalters und das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen

3.1 Globale Konflikte um Zugang zum Öl

Die Wirkungsweise der globalen Finanzmärkte führt zu einem hohen Niveau der Realzinsen und erzwingt Renditen, die die materiellen Möglichkeiten, sie durch die Methoden der relativen Mehrwertproduktion zu erzeugen, bei weitem übersteigen. Die Folge sind erstens Strategien der ausplünderischen und kriminellen Aneignung von Teilen des Mehrprodukts ohne Rücksicht auf die moralischen Ressourcen, sozialen Verhältnisse und natürlichen Bedingungen, und zweitens ein enormer Druck auf ökonomische und politische Akteure, das reale Wachstum zu steigern. Der dominante Wachstumsdiskurs bietet dabei die ideologische Unterstützung. Das hohe Wirtschaftswachstum der vergangenen zwei Jahrhunderte seit der industriellen Revolution wäre aber gar nicht denkbar ohne die Ausbeutung (Extraktion) der fossilen Energieträger. Das Öl jedoch geht zur Neige.

Niemand kann genau sagen, ab wann es nicht mehr zur Verfügung stehen wird. Doch spricht vieles dafür, dass der Höhepunkt der weltweiten Ölförderung im Verlauf des kommenden Jahrzehnts überschritten sein wird. Dann gibt es zwar immer noch Öl; die statische Reichweite (geschätzte Reserven dividiert durch den gegenwärtigen Jahresverbrauch) beträgt etwa 40 Jahre. Doch die jährlich neu gefundenen Lager sind wesentlich kleiner als die Jahresförderung, so dass die Bestände abnehmen - und dies bei steigender Nachfrage nach Öl, weil alle neu industrialisierenden Länder, z.B. Indien und

China, auf den Treibstoff von Wachstum, Produktivitätssteigerung und Mobilität angewiesen sind und die bereits hoch entwickelten Länder ihre Nachfrage kaum zu drosseln in der Lage und bereit sind.

Die Kongruenz von Kapitalismus und Fossilismus erweist sich nun als eine Falle. Das reale Wachstum kann gar nicht so hoch sein, dass alle monetären Ansprüche (Renditen und Profite) aus dem real produzierten Surplus und ohne illegitime und kriminelle Aneignung befriedigt werden können. Denn fossile Energien haben immerhin ein natürliches Maß (ihre Verfügbarkeit und die Tragfähigkeit der natürlichen Sphären für die Verbrennungsprodukte, vor allem das CO_2); das gesellschaftliche System des Kapitalismus ist autoreferentiell und daher maßlos. Das ist seit Aristoteles Thema, das auch von Marx (vor allem im 4. Kapitel des ersten Bandes des Kapital, MEW 23) aufgegriffen worden ist.

Der Höhepunkt der Erdölförderung lässt sich für einzelne Lagerstätten, für Länder und die Welt insgesamt bestimmen. Die USA haben den Scheitel ihrer Ölförderung (ihr „Peakoil“) bereits Anfang der 1970er Jahre überschritten[23]. Sie können den inländischen Verbrauch mit inländischer Förderung nicht mehr decken. Die entstehenden Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage können nur durch Importe gedeckt werden. Die Weltproduktion freilich hat den Peak noch nicht erreicht, und deshalb ist es möglich, mit Hilfe eines Regimes des Freihandels und des US-Dollar als Ölwährung auf die Ressourcen anderer Länder zurückzugreifen, auf die von Mexiko, Venezuela, des Nahen und Mittleren Ostens etc.. Das Regime des Freihandels kommt den reichen Ölimporteuren zugute. Doch nähert sich erstens die Extraktion in vielen dieser Länder ebenfalls dem Peak und zweitens steigt die Nachfrage nach Öl in dem Maße, wie aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit unter dem Regime des Freihandels Wachstum in allen Ländern, die sich durch Liberalisierung und Öffnung der Märkte daran beteiligen, erzwungen wird. Der Zwang hat die institutionelle Gestalt des IWF oder der WTO, die beides zu realisieren versuchen: Freihandel zum Zugriff auf die Ressourcen der ärmeren Länder durch die reichen Länder, und Wachstum, um den monetären Verpflichtungen (z.B. infolge von Verschuldung) gegenüber global operierenden Fonds nachkommen zu können. Es ist richtig, dieses Regime als „accumulation by dispossession“ zu charakterisieren (Harvey 2004). Die Enteignung findet durch illegitimen und kriminellen

[23] Heinberg gibt eine Aufstellung der Förderspitzen in einzelnen Ländern und in den Weltregionen. Danach ist die Förderspitze (Peakoil) in Nordamerika bereits 1983 (Mexico 2005) erreicht, in Süd- und Mittelamerika 2006, in Europa 2006, in der ehemaligen Sowjetunion 1987, im Nahen und Mittleren Osten 2009, in Afrika 2006 und in Asien und im Pazifik 2004 erreicht. Für die Welt insgesamt kalkuliert Heinberg die Förderspitze für das Jahr 2006 (Heinberg 2004: 175f). Auch wenn Peakoil später eintreten sollte, kann daraus kein Argument für dessen Ungültigkeit oder Irrelevanz abgeleitet werden. Es ist nicht erheblich, ob das Ereignis in einem Jahr oder in zehn Jahren eintreten wird, da bislang keinerlei Vorbereitung darauf in Sicht ist.

Methoden statt, auf die zuvor verwiesen wurde, aber auch durch legitime Marktmechanismen, gestützt durch das Theorem des Freihandels.

Öl wird also knapp und bei hoher Nachfrage entsprechend teuer. Importländer von Öl müssen daher steigende Anteile ihrer Exporterlöse für den Import des Öls aufwenden, insbesondere Entwicklungs- und Schwellenländer[24]. Für Exportländer von Öl ist die Steigerung von Ölexporten und –einnahmen nicht unbedingt von Vorteil. Denn der Ölreichtum fördert eine einseitige Ausrichtung der Ökonomie, beeinflusst die terms of trade zu Ungunsten der Industrieproduktion, hemmt also eine ausgeglichene Entwicklung, öffnet der Korruption ein weites Feld („dutch disease“) und bietet eine offene Flanke für Interventionen von außen, wie in Venezuela oder besonders brutal und destruktiv im Irak. Zugleich aber verschärft sich die Konkurrenz zwischen den Nachfragern nach Öl.

Die Konflikte um Ölressourcen werden auf allen Ebenen ausgetragen: Als Kampf um Territorien der Ölförderung und der Logistik (pipelines oder Tankerrouten), als Auseinandersetzung um die Preisbildung und die Währung, in der die Ölrechnungen ausgestellt werden (Klare 2003; Altvater 2005). Ein neues „Great Game“ um den Zugang zu den Ölressourcen und um deren Verteilung wie am Ausgang des 19. Jahrhunderts ist eröffnet, und wieder in der gleichen Weltregion: In Zentralasien, im Kaukasus und im Nahen und Mittleren Osten.

Heftige Auseinandersetzungen um Ölterritorien, die Kontrolle der Transportlogistik, insbesondere der Pipelines, und um die Währung, in der das Öl bezahlt wird, sind zu erwarten. Schon im Mai 2001 (also vor dem 11. September) hat der Vizepräsident der USA Cheney (Ex-Chef von Halliburton) einen Bericht über die Ölsicherheit der USA vorgelegt. Darin wird ausgeführt, dass die heimische Produktion bis 2020 von 8,5 auf 7 Mio barrels pro

[24] Imports of fuels and Export revenues of selected countries, 2002 (in mil. US$)

Country	Imports of fuels	Total export-revenues	Share of fuel imports in total imports (%)	Share of fuel imports in export revenues
Argentina[a]	798	26610	3.9	2.9
Brasil	7549	60362	15.2	12.5
Peru	1034	7688	13.7	13.4
Mexico	4455	160682	2.3	2.7
Pakistan	3004	9913	26.7	30.3
South Africa	3269	29723	13.0	11.0
China	19285	325565	6.5	5.9
India[a]	15935	49251	31.7	32.4
USA	121927	693860	10.1	17.6
European Union[b]	129868	939804	13.9	13.8

[a] 2001; [b] imports and exports from or to third countries
Source: author’s own calculations; data from: WTO, Trade Statistics 2003

Tag (b/d) zurückgehen, dass der Ölverbrauch von 19,5 auf 25,5 Millionen b/d ansteigen wird und daher die wachsende Lücke durch Importe gedeckt werden müsse. Die Importe werden um 68% von 11 auf 18,5 Mio b/d wachsen. Die Sicherung der Energieversorgung erlangt also höchste Priorität in der US-Außenpolitik. Für die USA war es ein entscheidendes Privileg, dass die steigenden Ölimporte (der Cheney-Report von 2001 rechnet mit einem Drittel des Ölverbrauchs bis 2020) in US-Dollar bezahlt werden können. Kein anderes Öl-Importland hat einen ähnlichen Vorteil in Anspruch nehmen können.

Angesichts der Defizite in Budget und Leistungsbilanz von jeweils vielen hundert Millionen US-Dollar aber ist es nicht unwahrscheinlich, dass Ölexporteure dazu übergehen, den Ölpreis in Euro zu fakturieren. Der Krieg gegen den Irak hat auch den Nebeneffekt gehabt, dass Tendenzen in diese Richtung (in Venezuela, Irak, Lybien) zunächst gestoppt worden sind. Aber sie kommen wieder, wenn die USA ihr Zwillingsdefizit nicht reduzieren und sich nicht aus dem irakischen Sumpf durch Rückzug befreien können. Die USA bekämen ein riesiges Problem[25], wenn sie die steigenden Ölimporte nicht mehr in US-Dollar begleichen könnten, sondern in Euro bezahlen müssten. Wenn die jährlichen Ölimporte, wie der Cheney-Bericht ausführt, von 4 Mrd barrels auf etwa 7 Mrd barrels im Jahr 2020 steigen, sind bei einem Preis von ca. 50 US$ pro barrel derzeit 200 Mrd US$ für die Bezahlung der Ölrechnung nötig, 2020 wären es schon an die 350 Mrd US$. Das sind nach dem Wechelkurs Anfang 2005 etwa 260 Mrd Euro.

3.2 Konflikte im Treibhaus

Die Konfliktträchtigkeit des fossilen Regimes zeigt sich aber auch beim Umgang mit den Emissionen, vor allem mit den Treibhausgasen. Wegen der Schädlichkeit der Treibhausgasemissionen ist ja das Kyoto-Protokoll erarbeitet worden, das nach der Unterzeichnung durch Russland im Oktober 2004 im Februar 2005 in bindendes internationales Recht verwandelt wird. Die USA haben diese multilaterale Übereinkunft nicht unterzeichnet. Doch lässt sich davon die Klimaentwicklung nicht beeindrucken. Der Treibhauseffekt bedroht die Umweltsicherheit, Nahrungssicherheit, Sicherheit der Behausung, Gesundheit der Menschen in aller Welt. Darüber hinaus hat er heute bereits kalkulierbare ökonomische Kosten. Denn die Zahl der ungewöhnlichen Wetterbedingungen und der Unwetter, die hohe Schäden verursachen, nimmt in aller Welt zu; seit den 1960er Jahren hat

[25] Wegen der immensen Rolle der USA in der Weltwirtschaft sind die Konsequenzen nicht auf die USA beschränkt. Sie betreffen die Weltwirtschaft insgesamt. Wenn die USA das Defizit ihrer Handelsbilanz abbauen müssen, hat dies Auswirkungen auf den Wechselkurs und daher auf alle Länder, die hohe Dollar-Reserven halten und auf jene Länder mit hohen Exporten in die USA. Dies kann hier nur angedeutet werden.

sie sich verdreifacht. In der Mitte des 21. Jahrhunderts werden jährlich Kosten in der Größenordnung von 2000 Mrd. US$ erwartet. Davon dürften auf Asien 840 Mrd. US$, auf die USA 325 Mrd. US$, auf Europa 280 Mrd. US$ entfallen (Kemfert 2004). Die jahresdurchschnittlichen Kosten haben sich von 54 Mrd US$ in den 1960er Jahren auf 432,2 Mrd US$ in den 1990er Jahren verachtfacht (nach Angaben der Versicherungsgruppe „Münchner Rückversicherung“, die sich mit ihrer Prämienkalkulation für den Treibhauseffekt und seine Konsequenzen zu wappnen versucht (http://www.munichre.com/default_d.asp).

Auf die dramatischen Folgen des möglichen Klimakollapses richtet sich inzwischen auch das Pentagon mit unilateralen Präventionsmaßnahmen ein. Nicht vorbeugender Klimaschutz zur Vermeidung einer abrupten Klimaänderung ist die politische Linie der Bush-Rumsfeld-Leute, sondern die militärische Abwehr gegen die Folgen der klimatischen Änderungen. Insbesondere die zu erwartenden Migrationsströme sollen rechtzeitig mit militärischen Mitteln abgefangen werden. Die Autoren der Pentagon-Studie Peter Schwartz und Doug Randall vom Global Business Network unterstellen (mit den Daten des IPCC), dass bis 2100 die durchschnittliche Erdtemperatur um bis zu $5{,}8^0$ C steigt. Wenn infolge des Temperaturanstiegs die Eiskappe Grönlands teilweise schmilzt, verringern sich Dichte und Salzgehalt der Gewässer des Nordatlantik. Dies kann dazu führen, dass der Golfstrom abreißt und das gemäßigte Klima in den Anrainerstaaten des Nordatlantik abrupt verändert wird, weil weniger warmes Wasser nach Norden transportiert wird (Schwartz/ Randall 2004: www.ems.org/climate/pentagon_climatechange.pdf). Paradoxerweise kann also die globale Erwärmung zu einer regionalen klimatischen Abkühlung, z.B. in Europa führen. Die Auswirkungen auf die Versorgung mit Nahrungsmitteln oder den Wasser- und Energieverbrauch können katastrophische Ausmaße haben, gewaltsame Konflikte werden befürchtet. Die USA müssen sich gegen „das Böse“, das als Massenmigration kommt, rechtzeitig schützen. Der Unilaterialismus der Bush-Administration ist aggressiv und er verfolgt die Herstellung exklusiver Sicherheit für jene in der „Heimat“ unter der Obhut des „Heimatschutz-Ministeriums“ gegen die anderen aus anderen Ländern. Das ist die Wirklichkeit des „Empire“, von dem Hardt und Negri das eher kitschige Bild eines netten Netzwerkkapitalismus präsentieren.

3.3 Solare Gesellschaft oder Barbarei

Grenzen des Kapitalismus zeigen sich also überall. Die Kongruenz von kapitalistischer sozialer Form und fossilem Energieregime ist verloren gegangen, und zwar wegen der Begrenztheit der Ressourcen für die Aufrechterhaltung des Wachstums und die Steigerung

der Produktivität auf der „input-Seite“ und wegen der Überlastung der Senken für die Emissionen von Produktion und Konsumtion auf der „output-Seite“. Diese Grenzen stehen im Gegensatz zur unbegrenzten (selbst-referentiellen) Akkumulationsdynamik des globalen Kapitalismus. Die neoliberale Lösung einer durch die Kräfte des freien Marktes gewaltsam exekutierten und zugleich legitimierten Enteignung (durch Privatisierung öffentlichen Eigentums, Vernichtung von Arbeitsplätzen, Abbau sozialer Standards und Ansprüchen, die Verlängerung von Arbeitszeiten, Missachtung von Gefahren für die Gesundheit etc.) ist eine strategische Unterminierung von „menschlicher Sicherheit“ und provoziert daher soziale Konflikte. Auch die Folgen der Ölgewinnung und die ökologisch-sozialen Effekte der Nutzung fossiler Energien und – schon vorher – die sozialen Zerstörungen durch das Automobil und die Infrastruktur, die es benötigt, rufen Widerstand hervor. Die neuen sozialen Bewegungen sind vielfältiger als die „alten sozialen Bewegungen“, die sich um die Arbeiterbewegung sammelten. Dies liegt an den Themen, die von der Regulation globaler Finanzmärkte, der Verhinderung des Klimakollapses und des Widerstands gegen die US-Besetzung des Irak bis zur lokalen Verteidigung von Biotopen gegen die automobile Infrastruktur reichen. Auch die Akteure sind verschieden, und sie haben nicht die gleiche Klassenbasis wie die traditionelle Arbeiterbewegung. Darin kommen die historischen Strukturveränderungen des Kapitalismus und der in ihm wirkenden Akteure und ihrer Konstellationen zum Ausdruck.

In globalisierter Welt wird über Entwicklung und Ende des Kapitalismus nicht mehr allein in den imperialistischen Zentren entschieden. Diese Machtkomplexe werden von Hardt und Negri (2002; 2004) sowieso in Frage gestellt; der ins „Empire“ mutierte globalisierte Kapitalismus sei eher als Netzwerk immaterieller Arbeiten abzubilden, und die Macht des Kapitals sei in „globaler Demokratie“ in die Hand der „multitude“ gelangt. „Wenn dies geschieht, würde die kapitalistische Herrschaft über die Produktion, über die Zirkulation und die Kommunikation gestürzt“ (Hardt/ Negri 2002: 352). Ist dies mehr als eine Hoffnung, die auch trügen kann? Ist der moderne Kapitalismus als „Empire“, basierend auf Netzwerken immaterieller Tätigkeiten und alle Lebenssphären integrierender „Biopolitik“ richtig verstanden? Ist eine „multitude… biopolitischer Gestalten“ (Industriearbeiter, immaterielle Arbeiter, Landwirte, Arbeitslose, Migranten) (Hardt/ Negri 2004: 10, 179) im Entstehen? Es kann daran gezweifelt werden. Das Ende des Kapitalismus ergibt sich nur aus den inneren Widersprüchen einer Gesellschaft, wenn diese von sozialen Subjekten politisch zugespitzt werden.

Die amorphe Verschiedenheit von Ethnien, Nationalitäten, Kulturen, Erfahrungen mag den Eindruck der Menge, der „multitude“ erwecken. Doch diese wird zum Subjekt erst durch Entwicklung einer Identität in der Verschiedenheit. Die Voraussetzungen dafür sind vorhanden. Denn die Anliegen sind sehr ähnlich, und dies ist ein starker Grund für die Bedeutung einer Institution wie des Weltsozialforums und der vielen regionalen Sozialforen, die regelmäßig seit der Jahrhundertwende stattfinden. Das ist Identitätssuche in akzeptierter Verschiedenheit im globalen Raum. Kann eine „Zuspitzung“ überhaupt vorgestellt werden, wenn die Subjekte als eine „multitude“ gedacht werden, ohne den von Hobbes vorgesehenen Schritt zu vollziehen, die Menge nämlich durch Prozesse der Repräsentation und des Konsenses zu vereinheitlichen? „A multitude of men are made one person when they are by one man, or one person, represented; so that it be done with the consent of every one of that multitude in particular“ (Hobbes, Leviathan, chapter XVI: Of Persons, Authors, and Things Personated“).

Die Entwicklung der inneren Widersprüche kann nach mehr als zwei Jahrhunderten industriell-kapitalistischer Entwicklung ohne die „äußeren“ Naturbedingungen nicht verstanden werden; denn sie sind in die „innere“ gesellschaftliche Entwicklungsdynamik eingeschrieben. Die soziale Formation des Kapitalismus hat eine Naturbasis; ihre Dynamik ist eine Folge der Nutzung von fossilen Energien und von anderen endlichen Ressourcen. Das ist eine späte Erkenntnis, obwohl es schon längst klar sein müsste, dass die energetischen und mineralischen Ressourcen begrenzt sind. Ein kapitalistisches System ohne die intensive Nutzung fossiler Energien hat es vor der industriellen Revolution nur in rudimentären Ansätzen gegeben, da ihm die Ausschöpfung der Potenzen der relativen Mehrwertproduktion mit Hilfe der fossilen Energieträger und der industriellen Wandlungssystem nicht möglich war. Die „auf dem Wert beruhende Produktionsweise“ (Marx) verlangt nach Technik-Systemen, die nach dem heutigen Stand des Wissens nur mit fossilen Energien anzutreiben sind. Doch diese stoßen auf äußere Naturschranken, die im Innern der kapitalistischen Gesellschaft wirksam werden. Sie haben inzwischen neue soziale Subjekte, die Umweltbewegung in erster Linie, hervorgerufen und dafür gesorgt, dass die „alten“ sozialen Bewegungen ihren Charakter grundlegend verändert haben und neue Allianzen entstanden sind. Wegen der globalen Ausdehnung von Naturzerstörung sind die sozialen Bewegungen global und daher außerordentlich vielfältig, mit neuen Akteuren, die in unterschiedlichen Kulturen sozialisiert worden sind. Zu ihnen gehören die Arbeiterklasse, neue soziale Bewegungen, die - in traditioneller Unterscheidung - weniger im Produktionsprozess und

seinen Klassenwidersprüchen ihre Wurzeln finden, als im Reproduktionsprozess, also in den Haushalten, in den Städten, auf dem Lande, in den Geschlechterbeziehungen.

Auch die neuen sozialen Subjekte unterliegen der von Rosa Luxemburg herausgearbeiteten Dialektik von Reform und Revolution. Manche NGOs lassen sich – bestenfalls reformistisch – die Funktionen von „failing“ oder „collapsing“ states übertragen. Sie werden subaltern in den globalen Funktionsmodus der kapitalistischen Herrschaft integriert, häufig im Rahmen von UNO-Missionen oder anderen internationalen Friedens- und Hilfsprojekten. Sie helfen dabei in aller Regel, die Not von unmittelbar betroffenen Menschen zu lindern. Das ist nicht wenig. Aber sie sorgen zugleich dafür, dass das System, das für das Elend, das sie lindern helfen, verantwortlich ist, auf diese Weise stabilisiert und perpetuiert wird.

Reformistische NGOs versuchen, Ordnung in das Chaos der Restauration zu bringen in der Erwartung, dass aus dem System selbst die Einsicht in die Notwendigkeit einer ganz anderen, alternativen Entwicklung emergieren könnte. Der Glaube an eine Vernunft, die ökologische und soziale Grenzen zur Kenntnis nimmt, herrscht über die analytische Einsicht, dass auch die vernünftigsten und ökologisch und sozial bewußtesten Akteure den Systemzwängen gehorchen. Als „Charaktermasken“ spielen sie eine wenig Spielraum lassende Rolle. Daher geht es um eine Radikalisierung der Fragestellung, die schon Rosa Luxemburg aufgeworfen hatte: Sozialismus oder Barbarei. Nur darf man sich den Sozialismus nicht so denken wie er im „kurzen 20. Jahhrundert“ (Hobsbawm 1995) real existierte. Die Barbarei ist nur zu verhindern durch Übergang zu einer „solaren Weltwirtschaft“ (Scheer 2002), durch eine „solare Revolution“ (Altvater 1992). Das ist kein einmaliges Ereignis der Machtergreifung (des „Sturms auf das Winterpalais“), sondern eine langfristig angelegte Veränderung aller Arbeits- und Lebensformen im Zusammenhang mit der Nutzung erneuerbarer Energien. In diesem Zusammenhang kann es auch sinnvoll sein, über „Kommunismus“, über eine „Gesellschaft jenseits von Ware, Geld und Staat“ (Heinrich 2004: 216-221) nachzudenken. Denn nur so lassen sich Perspektiven über normativ formulierte Erwartungen an die Mitglieder einer kommunistischen Gesellschaft hinaus entwickeln.

Die generelle Richtung ist eindeutig zu bezeichnen und sie ist gut begründet: Die fossilen Energien müssen sehr schnell, denn das Zeitfenster ist wegen des Peakoil (der Scheitelpunkt der Ölförderung ist sehr bald erreicht) nicht mehr lange offen, durch erneuerbare Energien ersetzt werden (Scheer 2002; Global Challenges Network 2003). Die Erneuerbaren sind langsamer als die fossilen Energien und sie sind nicht unabhängig vom Ort: die Windenenergie, die Photovoltaik, die Wasserstoffwirtschaft, die Wasserkraft, die thermische

Energie, die Gezeiten, die Biomasse. Keine dieser Energien kann die Bedingung der Kongruenz von Energiesystem und Kapitalismus erfüllen, die in den vergangenen zwei bis drei Jahrhunderten die menschheitsgeschichtlich einmalige Wachstumsdynamik ermöglicht hat.

Zu Beginn des fossilen Zeitalters fand der Kapitalismus das ihm entsprechende Energiesystem sozusagen in nuce vor. Es musste nur entwickelt werden. Dies ist in den letzten beiden Jahrhunderten seit der industriellen Revolution geschehen. Die globale Autogesellschaft ist der Höhepunkt, und gleichzeitig das Memento, dass es auf diesem Wege trotz der immer stärker werdenden Wagen nicht weiter geht. Am Ende des fossilistischen Kapitalismus kann nur ein erneuerbares Energieregime weiterhelfen. Dem aber muss die soziale Formation des Kapitalismus angepasst werden. Das ist eine tiefere und umfassendere Revolution als es die französische oder russische gewesen sind. Sie ist auch schwieriger als die industrielle Revolution.

Der Kapitalismus kommt nicht an ein Ende wie der real existierende Sozialismus: durch eine „samtene“ Revolution. Die herrschenden Klassen halten an ihrer Herrschaft fest, und diese basiert wesentlich auf der Verfügung über Öl. Das Ende des Kapitalismus ist, wenn die Dinge so laufen, nicht Folge einer proletarischen oder Volksrevolution sondern eines schrecklichen Chaos, einer „globalen Anarchie“ (Wallerstein 2003), in das die Herrschenden die Welt stürzen. Chase-Dunn und Podobnik gehen sogar davon aus, dass die Wahrscheinlichkeit von Kriegen zwischen den industriellen Kernländern in den kommenden zwei Jahrzehnten zunehme (Chase-Dunn/ Podobnik 1999). Die Aufgaben der globalisierungskritischen Bewegung ergeben sich aus dieser wahrscheinlich nicht übertriebenen Dramatik. Gegen Chaos und Barbarei (auch der „Krieg gegen den Terrorismus“ verkehrt sich mehr und mehr in eine Aufeinanderfolge barbarischer Akte) Alternativen zu entwickeln, für den Frieden einzutreten, auch für den mit der Natur, für den Übergang zu erneuerbaren Energien zu streiten. Der Kapitalismus verschwindet nicht von einem Tag auf den anderen wie der real existierende Sozialismus, aber er wird ein anderer Kapitalismus werden als der, den wir kennen.

Literatur:

— Aglietta, Michel (1979): A Theory of Capitalist Regulation: the US Experience. New Left Books, London.
— Albert, Michel (1991): Capitalisme contre Capitalisme. Éditions du Seuil, Paris.

— Altvater, Elmar (1993): The Future of the Market, London (Verso)
— Altvater, Elmar (2003): Monetäre Krisen und internationale Finanzarchitektur, in: Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.): Globale Trends. Fakten, Analysen, Prognosen - 2004/05, Frankfurt a.M.: 137-156.
— Altvater, Elmar (2004): Inflationäre Deflation oder die Dominanz der globalen Finanzmärkte, in: *Prokla - Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, No 134, März 2004
— Altvater, Elmar (2005): Öl-Empüire, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Januar 2005: 65-74
— Altvater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit (1996, 5. Aufl. 2002): *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Politik, Ökologie in der Weltgesellschaft*, (Westfälisches Dampfboot) Münster
— Altvater, Elmar; Mahnkopf, Birgit (2002): *Globalisierung der Unsicherheit – Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik.* (Westfälisches Dampfboot) Münster.
— Anderson , Perry (1992): *A Zone of Engagement*, London/ New York (Verso)
— Boyer, Robert (Ed.) (1986): Capitalismes fin de siècle. La Découverte, Paris.
— Braudel, Fernand (1986*):* Sozialgeschichte des 15. - 18. Jahrhunderts. Kindler, München, 3 Bände.
— Campbell, Colin/ Laherrère, Jean H.(1998): The Ende of Cheap Oil, in: Scientific American, March 1998 (http://dieoff.org/page140.htm)
— Chase-Dunn, Christopher / Podobnik, Bruce (1999): The Next World War: World-System Cycles and Trends, in: Bornschier, Volker / Chase-Dunn, Christopher (Hrsg.): *The Future of Global Conflict*, London, 40-65
— Cheney-Report (2001): National Energy Policy – Reliable, Affordable, and Environmentally Sound Energy for America's Future. Report of the National Energy Development Group, The Vice President, Washington D.C. (http://www.whitehouse.gov/energy/National-Energy-Policy.pdf)
— Chesnais, François und Serfati, Claude (2003): 'Les conditions physiques de la reproduction sociale'. In: Harribey, J.-M./ Löwy, Michael (Hrsg.): Capital contre nature; Collection Actuel Marx Confrontation, Presse universitaires de France, Paris: 69-105.
— Crafts, Nicholas (2000): Globalization and Growth in the Twentieth Century, IMF Working Paper WP/00/44, Washington D.C.
— De Angelis, Massimo (2004): Separating the Doing and the Deed: Capital and the Continuous Character of Enclosures, in: *Historical Materialism. Research in Critical Marxist Theory*, Vol. 12, Issue 2, 2004: 57-88

— Dollar, David/ Kraay, Aart (2001): Trade, Growth and Poverty. Development Research Group, The World Bank. www.econ.worldbank.org/file/2207_wps2615.pdf
— Easterlin, Richard A. (1998): Growth Triumphant. The Twenty-first Century in Historical perspective, Ann Arbor 1998
— ERP 2003: Economic Report of the President together with The Annual Report of the Council of Economic Advisors, (United States Government Printing Office) Washington D.C.
— Eucken, Walter (1959): Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.
— Fanon, Frantz (1962): Les damnés de la terre. Paris, Cahiers libres, 2. éd.
— Fel'dman, G.A. (1965): On the Theory of Growth Rates of National Income, in: Spulber, Nicholas, ed.: Foundations of Soviet Strategy for Economic Growth – Selected Essays, 1924-1930, Bloomington (Indiana University Press)
— Felix, David (2002): The Rise of Real Long-term Interest Rates since the 1970s. Comparative Trends, Causes and Consequences. Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft", Deutscher Bundestag.
— Frank, André G. (1998b): Aber die Welt ist doch rund, in: Heinrich, Michael/ Messner, Dirk, eds.: Globalisierung und Perspktiven linker Politik, (Westfälischjes Dampfboot) Münster
— Frank, André G./ Gills, B.K., eds. (1993): The World System: Five Hundred Years or Five Thousand?, (Routledge) London and New York
— Frank, André Gunder (1998a): ReOrient: global economy in the Asian age. Berkeley Univ. of California.
— Friedman, Milton (1962): Capitalism and Freedom. University of Chicago Press.
— Global Challenges Network, ed. (2003): Ölwechsel! – Das Ende des Erdölzeitalters und die Weichenstellung für die Zukunft, (dtv) München
— Gorgescu-Roegen, Nicholas (1971): The Entropy Law and the Economic Process. Harvard University Press, Cambridge (Mass.), London.
— Gramsci, Antonio (1967): Philosophie der Praxis, Frankfurt/Main
— Gramsci, Antonio (1999): Gefängnishefte 9, 22. bis 29. Heft, Hamburg.
— Gransci, Antonio (2001): Quaderni del Carcere, 3 vol., (Giulio Einaudi editore) Milano
— Grossman, Henryk (1967, repr.): Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems, Frankfurt (EVA)

— Hall, Peter A. /Soskice, David (2001): Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage, New York.
— Hardt, Michael/ Negri, Antonio (2002): Empire. Die neue Weltordnung. Campus, Frankfurt/ New York
— Hardt, Michael/ Negri, Antonio (2004): Multitude. Campus, Frankfurt/ New York
— Harvey, David (2004): The 'New' Imperialism: Accumulation by Dispossession, in: Panitch, Leo/Colin Leys (Hrsg.): The New Imperial Challenge, Socialist Register 2004, London: 63-87.
— Hayek, Friedrich A. von (1943): The Road to Serfdom, xxx
— Heinberg, Richard (2004): The party's over: oil, war and the fate of industrial societies. Gabriola Island, BC (New Society Publ., 4. print)
— Heinrich, Michael (1999): Die Wissenschaft vom Wert, Münster (Westfälisches Dampfboot)
— Heinrich, Michael (2004): Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung, Stuttgart (Schmetterling Verlag)
— Hobbes, Thomas (1959): Leviathan. London Dent, Everyman's library (Reprint. [der Ausg.] 1914)
— Hobsbawm, Eric (1995): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Wien, München.
— Kemfert, Claudia (2004): Die ökonomischen Kosten des Klimawandels, in: DIW-Wochenbericht, 42/ 2004
— Keynes, John M. (1936/1964): The General Theory of Employment, Interest and Money, London, Melbourne, Toronto.
— Klare, Michael (2003): Blood for Oil: The Bush-Cheney Energy Strategy, in: Panitch, Leo/ Leys , Colin (ed): The New Imperial Challenge, Socialist Register 2004, (Merlin Press) London: 166 – 185
— Klare, Michael (2004): Blood and Oil. The Dangers and Consequences of America's Growing Dependency on Imported Petroleum, New York(Metropolitan Books)
— Lipietz, Alain (1986): Mirages and Miracles, London (Verso)
— Luks, Fred (2001): Die Zukunft des Wachstums. Theoriegeschichte. Nachhaltigkeit und die Perspektiven einer neuen Wirtschaft, Marburg (Metropolis)
— Luxemburg, Rosa (1966, repr.): Die Akkumulation des Kapitals, Frankfurt (Neue Kritik)
— Maddison, Angus (2001): The World Economy: A Millennial Perspective, Paris (OECD)

— Malthus, Thomas Robert (1970): An essay on the principle of population and A summary view of the principle of population. Penguin Books, Repr. Harmondsworth.
— Mandel, Ernest (1972): Der Spätkapitalismus, Frankfurt (Suhrkamp)
— Marx, Karl (1970): Das Kapital, 3 Bände, Marx-Engels-Werke, Band 23, 24, 25. Dietz Verlag, Berlin
— Mill, John St. (org. 1871): Principals of Political Economy. Longman, London
— Mises, Ludwig von (1922): Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus, Jena (Fischer)
— Polanyi, Karl (1944/1957): The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time, New York.
— Ponting, Clive (1991): A Green History of the World - The Environment and the Collapse of Great Civilisations. Harmondsworth.
— Ricardo, David (1959): Über die Grundsätze der Politischen Ökonomie und der Beteuerung, übers. und mit einer Einleitung versehen von G. Bondi, Berlin (Akademie Verlag)
— Rude, Christopher (2004): The Role of Financial Discipline in Imperial Strategy, in: Panitch, Leo/ Leys, Colin, eds: The Empire Reloaded, Socialist Register 2005, (The Merlin Press) London
— Scheer, Hermann (2002): Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne, München.
— Schumpeter, Josef A. (1950): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Franke, Bern.
— Schwarz, Peter / Randall, Doug (2003): An Abrupt Climate Change Scenario and Its Implications for United States Security, Pentagon. www.ems.org/climate/pentagon_climatechange.pdf.
— Sguiglia, Eduardo (2002): Fordlandia. Die abenteuerliche Geschichte von Henry Fords Kampf um den Kautschuk und seine Stadt am Amazonas, Hamburg, Wien (Europa Verlag)
— Sismondi, Simonde de (1971): Neue Grundsätze xxxxxxx
— Smith, Adam (1976): An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, edited by E.- Cannan. Reprint, The University of Chicago Press.
— Sohn-Rethel, Alfred (1970): Geistige und körperliche Arbeit. Zur Theorie der gesellschaftlichen Synthesis, Frankfurt (Suhrkamp)
— Sombart, Werner (1969): Der moderne Kapitalismus, 6 Halbbände, Berlin (Duncker und Humblot)

— Thompson (1968): The Making of the British Working Class. Publ. with rev. Harmondsworth [u.a.]: Penguin Books.
— Varga, Eugen (1969): Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, hg. und eingeleitet von Altvater, Elmar, Frankfurt/ Wien (Europäische Verlagsanstalt)
— Wallerstein, Immanuel (1979): The Capitalist World System, New York, Cambridge.
— Wallerstein, Immanuel (2003): Auftakt zur globalen Anarchie, in: PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 133, 4, 2003: 565-574
— Wallerstein, Immanuel (2004): Absturz oder Sinkflug des Adlers?: Der Niedergang der amerikanischen Macht. Hamburg : VSA, 1. Aufl.
— Weber, Max (1921/1976): Wirtschaft und Gesellschaft, Studienausgabe, Tübingen (J.C.B. Mohr)